

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
H. K. Hoffmann & Co.,
G. L. Paus & Co., Invalidendank.
Verantwortlich für den
Inseratenteil:
F. Klugkist in Posen.
Fernsprecher: Nr. 102.

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertundvierter Jahrgang.

Nr. 106

Montag, 12. Februar.

1894

Deutscher Reichstag.

46. Sitzung vom 10. Februar, 1 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die Beratung des **Staats der Postverwaltung** wird fortgesetzt beim Titel „Ein Unterstaatssekretär 20 000 M.“
Die Kommission beantragt, diese neue Forderung zu streichen und anstatt dessen einen dritten Direktor mit 15 000 M. Gehalt anzustellen.

Berichterstatter **Abg. Möller** (nl.) begründet den Beschluß der Kommission unter Hinweis darauf, daß die Forderung ihren Grund darin habe, daß eine Gehalts- und Rangeshöhung für einen der bisherigen Direktoren (Fischer) erstrebt werde. Die Thätigkeit, welche von dem neuen Unterstaatssekretär verlangt werde, könne auch von einem Direktor geleistet werden.

Abg. Dr. Müller-Sagan (Freil. Vp.) stimmt dem Beschluß der Kommission zu. Unter den Direktoren befindet sich auch einer, der die Personalien bearbeitet, und daher möchte ich bei dieser Gelegenheit das Verhalten der Postverwaltung zu den Postassistenten zur Sprache bringen. Es ist unter denselben eine große Fährung entstanden, und schon der Umstand, daß der Assistenzverband mehr als 4000 Mitglieder umfaßt, bezeugt, welchen Grad die Unzufriedenheit angenommen hat. Es ist eine Aenderung in der Behandlung dieser Beamten eingetreten gegenüber dem Personalreglement von 1871. Danach sollte es vermieden werden, daß in gleichen Dienstleistungen Beamte verschiedener Kategorien vorhanden sind, ein Uebelstand, der vor dem Jahre 1871 in hohem Maße bestand. Aber trotz des Reglements hat sich der Uebelstand nicht vermindert, sondern noch eher vermehrt. Die Sekretariatskarriere ist plötzlich den Assistenten verschlossen worden, und trotzdem versehen die Assistenten die Stelle der Sekretäre. Die Thätigkeit der Assistenten ist derjenigen der Sekretäre ganz ebenbürtig. Es wird auch betrefis der Assistenten ein Unterschied gemacht zwischen Militär- und Zivilanwärtern, indem den letzteren die höhere Karriere geöffnet, den letzteren verschlossen ist. Liegt diese Ungleichheit, ungünstige Behandlung der aus dem Zivilstande hervorgegangenen Assistenten in dem Mangel an Qualifikation? Das wird man doch schwerlich behaupten können. Es giebt viele Assistenten, die die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst haben; es sollen dies 40 Prozent aller Assistenten sein, in Berlin sogar über 60 Prozent. Warum wird gerade den Postbeamten die Aussicht, im Verufe weiter zu kommen verschlossen? In anderen Zweigen ist das nicht der Fall. Den Volksschullehrern ist es gestattet, das Mittelschullehrer-Examen und die Rektoratsprüfung zu machen. Wenn jetzt eine Fährung unter den Beamten entstanden ist, so ist nicht der Postassistentenverband die Ursache davon, sondern die Folge der Unzufriedenheit. Die Leute, die vor Jahren in den Postdienst eingestellt sind, empfinden jetzt die Unannehmlichkeit des veränderten Systems, welches darauf hinausgeht, den Assistenten die höhere Karriere zu verschließen. Man sagt immer: Warum drängen sie sich zum Postfach? Die Postverwaltung ist an dem Andrang nicht ganz unschuldig, denn es ist amtlich darauf hingewiesen worden, daß die jungen Leute, die die Untersekunda absolviert haben, einen guten Beruf bei der Post finden. Es ist an sich unverständlich, daß die Reichspostverwaltung sich ablehnend verhält gegenüber dem Verbande, und ich möchte den Direktor ersuchen, sich gegen ihn wohlwollender zu verhalten. Der Zweck des Verbandes ist, die allgemeine Berufsbildung zu fördern, Geselligkeit und Kollegialität zu pflegen und die gemeinsamen Interessen wahrzunehmen. Der Staatssekretär hat einmal das Recht auf Unzufriedenheit anerkannt, aber nicht das Recht, Unzufriedenheit zu erregen. Ich glaube, das geschieht auch gar nicht. Die Postverwaltung hat kein Mittel unversucht gelassen, um den Verband im Reim zu erhalten. Es wurden die Vorsteher und Führer, um die Vereinigung unmöglich zu machen, im „dienstlichen Interesse“ verweigert. (Präsident v. Seebow macht den Redner darauf aufmerksam, daß diese Frage nicht hierher gehöre, sondern zum Titel „Postassistenten“.) Dann werde ich meine Rede nachher fortsetzen.

Abg. v. Kardorff (Rp.) führt aus, Deutschland könne sich Glück wünschen, daß ein solcher Generalpostmeister an der Spitze der Postverwaltung stehe. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Au!) Alle anderen Länder beneiden Deutschland um seine Postverwaltung.

Abg. Gröber (Ctr.) tritt für den Beschluß der Kommission ein. Bei dem neuen Unterstaatssekretär handle es sich um eine reine Gehaltsfrage, gegenüber den unteren Instanzen habe ein Direktor dieselbe Geltung wie ein Unterstaatssekretär. Er beantrage, die geforderte Umwandlung der Stelle eines Hilfsarbeiters in einen vor- tragenden Rath ebenfalls zu streichen. Eher würde er noch einen dritten Direktor bewilligen.

Staatssekretär Dr. v. Stephan: Für meine Person muß ich das Vot, welches mir Herr von Kardorff hat zu Theil werden lassen, ablehnen. Die Postverwaltung hat nur etwas leisten können auf dem großen Hintergrunde des geeinten deutschen Reiches. Wenn hier allerdings solche Reiben gehalten werden, wie wir sie gestern haben hören müssen und heute im besten Zuge waren, wie- der zu hören, daß der Generalpostmeister gar nichts taugt, so muß das das Ansehen der Postverwaltung schwer schädigen. (Zustimmung rechts.) Ähnlich ist es, wenn in der Presse ausgeführt wird, daß die Schwaben anfangen, das große deutsche Reich zu überflügeln. Es ist allerdings eine Sympthysarbeit, das Parlament bei dieser Stimmung überzeugen zu wollen. Bei den Reiben, die hier gehalten werden, kann man wirklich mit dem alten Theos in Goethes Idyllen sagen: „Du sprichst vergebens viel, um zu verlagen, der Andere hört von Allem nur das Nein.“ Durch eine Parla- mentärede ist noch Niemand überzeugt worden, denn die Meinung bildet sich innerhalb der Fraktion avant la bataille. Bei der For- derung der Stelle eines neuen Unterstaatssekretärs handelt es sich nicht um eine Gehaltsfrage, sondern es handelt sich um eine neue Organisation, welche für die geringe Summe von 5000 M. zu be- schaffen ist. Ein vierter Direktor, den mir Abg. Gröber bewilligen will, würde mir mehr schaden, als nützen, denn das würde eine weitere Zersplitterung der Kräfte bedeuten. Die Arbeiten in der

Postverwaltung haben sich erheblich gemehrt, besonders auch durch die Unfallversicherung, wobei ich nicht gefragt worden bin. Außerdem sind auch die rein postalischen Aufgaben stetig gewachsen; der Verkehr nach allen Ländern erweitert sich. Erst heute habe ich einen Vertrag unterzeichnet, der den Postan- weisungsverkehr nach Neu-Süd-Wales regelt. Die Zahl der selbst- ständigen Postanstalten hat sich seit 1882 von 16 000 auf 37 200 vermehrt. (Redner theilt noch eine weitere Reihe von Zahlen über die Entwicklung des Postwesens mit.) Zum Schluß möchte ich noch hinzufügen, daß zuerst auch im Bundesrath Bedenken gegen die Schaffung einer neuen Unterstaatssekretärstelle erhoben worden sind. Aber man hat sich doch schließlich davon überzeugt, daß es sich um eine Organisationsfrage handelt, und man hat daraufhin einstimmig sich für die Forderung erklärt.

Abg. v. Kleist-Rehov (dl.): Der Beschluß der Kommission ist nicht erfolgt, weil man prinzipiell der Forderung widerstrebt, sondern weil man mit Rücksicht auf die Finanzlage glaubte, die Forderung noch auf ein Jahr hinausschieben zu können. Wir werden für den Kommissionsantrag stimmen.

Abg. v. Kardorff (Rp.) tritt für den Beschluß der Kommission ein. Man müsse auch im Staate einmal mit der Sparbarkeit an- fangen, nachdem auch die Landwirthschaft und die Gewerbetreibenden zur Sparbarkeit gezwungen worden sind.

Abg. Gröber: Die Ausführungen des Staatssekretärs müssen denjenigen, der noch geschwant hat, in der Ueberzeugung bestärkt haben, für den Kommissionsbeschluß zu stimmen. Es sind doch keine neuen Zustände eingetreten, welche die Forderung der Regierung rechtfertigen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (Freil. Vpt.): Der Staatssekretär hat unter Anspielung auf meine Rede gemeint, sie schädige das Ansehen der Postverwaltung. Er hätte doch wenigstens seine Behauptung begründen können. Seine Ausführungen kommen ja von Jahr zu Jahr wieder und sind, wie z. B. die Ausführung bezüglich der Sympthysarbeit, schon gewissermaßen stereotyp geworden. Die Zahlen, die der Staatssekretär angeführt hat, waren Blendwerk oder viel- mehr verblüffend, und mehr geeignet, die Forderung nach Einstellung neuer Arbeitskräfte anzuregen als nach der Schaffung einer Unter- staatssekretärstelle. In keinem Ressort ist das Verhältnis der Di- rektoren und vorragenden Räte zu dem der Hilfskräfte ein so un- günstiges, wie bei der Postverwaltung. In anderen Ressorts haben wir viel mehr Hilfskräfte als beim Postamt.

Staatssekretär v. Stephan: Ich muß meine Behauptung auf- recht halten, daß solche Reiben, wie sie der Vorredner gehalten hat, geeignet sind, das Ansehen der deutschen Postverwaltung herabzu- drücken. Nicht meine Rede habe ich als Sympthysarbeit bezeichnet, sondern das Unternehmen, das Parlament überzeugen zu wollen. Der Abgeordnete sollte sichs doch überlegen, ehe er von Blendwerk spricht.

Vizepräsident Dr. Bürlin erklärt, daß er den Ausdruck „Blendwerk“ gerügt hätte, wenn Redner denselben nicht dahin ein- geschränkt hätte, daß die Zahlen des Staatssekretärs etwas „Ver- blüffendes“ haben.

Staatssekretär v. Stephan: Wenn Abg. Müller meint, daß die von mir angegebenen Zahlen für ihn etwas Verblüffendes haben, so bin ich mit ihm einverstanden. (Heiterkeit.) In der Abstimmung wird der Kommissionsantrag einstimmig angenommen. Auch der Antrag Gröber wird angenommen.

Beim Titel „Geheime expedirende Sekretäre“ u. s. w. fordert **Abg. Singer** (S.-D.): Die Einführung des Systems der Dienst- alterszulagen bei den unteren Beamten. Der Reichstag würde gern die Mittel dazu bewilligen. Nach der Meinung der Verwaltung wollten die Beamten das selbst nicht, weil sie dadurch geschädigt werden. Ich weiß nicht, woher die Verwaltung Kenntniß von dieser Stimmung bekommen hat. Ich weiß, daß die Unterbeamten von der Durchführbarkeit des Systems in der Weise, daß sie nicht ge- schädigt werden, überzeugt sind. Es muß auch erreicht werden können, daß die etatsmäßige Anstellung der Unterbeamten über das ganze Reich einheitlich geregelt wird. Heute ist die etatsmäßige Anstellung in das Belieben der Oberpostdirektionen gestellt. Die einheitliche Durchführung der etatsmäßigen Anstellungsfähigkeit durch das ganze Reich ist die Vorbedingung der Durchführung des Al- terszulagensystems. Die Postverwaltung wehrt sich zwar entschieden dagegen, daß in ihr nach Laune und Willkür entschieden wird, aber jeder, der die Verhältnisse kennt, wird überzeugt sein, daß doch der Laune und Willkür ziemlich freier Spielraum gelassen ist. (Vizepräsident Dr. Bürlin rügt diese Aeußerung als zu weitgehend.) Auf jeden Fall darf die Ertheilung der Alterszulage nicht abhängig gemacht werden von der Ansicht der vorgelegten Postbehörden. Die Klagen über diese Mißstände kommen grade an die Sozialdemokraten, weil die Postunterbeamten überzeugt sein können, daß wir ihre Klagen an der geeigneten Stelle an- bringen. (Widerspruch rechts.) Der Postverwaltung muß jede Befreiung der Unterbeamten von uns abgezwungen werden. Wenn sie unsern Verlangen nicht nachgibt, so geschieht es nur, um eine netz willfährige Beamtenchaar unter sich zu haben, hinter der sie stets mit der Hungerspeise steht. (Unruhe rechts.) Die Postunterbeamten sind jetzt oft genöthigt, sich einen Nebenverdienst zu schaffen, und drücken auf diese Weise auf die Arbeitslöhne. Wir wollen, daß der Zustand ein Ende erreicht, der als öffentliche Kalamität anerkannt werden muß, daß die Beamten außerhalb ihres Berufs sich nicht frei bewegen können, daß die freier denkenden Beamten finanziell schlechter gestellt sind als diejenigen Beamten, die willfährige Werkzeuge ihrer Vorgesetzten sind. Deshalb stimmen wir der Resolution bei, deren Annahme die Kommission Ihnen vorbringt, daß das System der Dienstalterszulagen auf die unteren Beamten ausgedehnt werden soll.

Vizepräsident Dr. Bürlin: Ich halte die Aeußerung, die Postverwaltung schlinge über ihren Beamten die Hungerspeise, für eine Beleidigung einer Reichsbehörde. Ich rufe deshalb den **Abg. Singer** zur Ordnung.

Gch. Rath Neumann: Die Postverwaltung hat jährlich zahl- reiche Stellenzugänge, jedoch ein Aufwachsen in eine höhere Beamten- klasse ziemlich schnell stattfindet. Die Stellenzulagen sind auch sehr zahlreich, in einem einzigen Titel belaufen sich diese Zulagen auf

50 M. pro Kopf für 7000 Beamte. Bei Einführung der Dienst- altersstufen ist der Verwaltung die Möglichkeit solcher Zulagen genommen. Das Aufwachsen nach Dienstaltersstufen soll von 3 zu 3 Jahren erfolgen. Jetzt aber erfolgt das Aufwachsen in eine andere Stelle oft innerhalb 9–12 Monaten, wozu noch die Stellenzulagen kommen. Läßt man die Stellenzulagen fortfallen und führt nur das System der Dienstaltersstufen durch, so würde in diesem Etat den Beamten 2 160 000 M. entzogen werden. Ein große Anzahl von Unterbeamten ist auch 1890/91 aufgebessert worden, und die Postkassierer erhalten 200 Mark mehr als die Eisenbahnkassierer. Man kann also die Verhältnisse der Eisenbahnverwaltung für die Post nicht zum Vorbild nehmen. Die Verwaltung nimmt das Interesse ihrer Unterbeamten ebenso warm wahr wie der Reichstag.

Abg. Dr. Müller-Sagan (Freil. Vp.): Nachdem die Mehrheit der Kommission sich für die Ausdehnung des Systems der Dienst- alterszulagen auf die Postbeamten erklärt hat, ohne daß die Be- amten geschädigt werden, und nachdem, wie ich annehme, sich auch das Plenum für die Resolution erklären wird, verbehe ich nicht, weshalb noch länger die Postverwaltung sich dagegen sträubt. Hier bietet sich Gelegenheit, anstatt der freien Praxis ein festes Gefüge einzuführen. Da der Staatssekretär ein Freund von Citaten ist, will auch ich mit einem Citat schließen: Hic Rhodus, hic salta!

Direktor im Reichspostamt Fischer: Die Sache ist keineswegs so leicht durchzuführen, wie es sich der Abg. Singer denkt. Wo sind denn die Millionen? Wo stehen die uns zu Gebote? Die Postverwaltung verfährt in ihrem Ressort nicht nach Willkür, son- dern nach Ordnung, Recht und Billigkeit. (Beifall rechts.) Wenn **Abg. Singer** behauptet, wir verfahren nach anderen Grundsätzen, so möge er uns doch die einzelnen Fälle namhaft machen. Ich weise also die Instanation, als wenn wir anders als nach Ord- nung, Recht und Gerechtigkeit verfahren, zurück. (Beifall rechts.)

Abg. Gröber (Ctr.): Die Resolution der Kommission, die Dienstaltersstufen auch für die Postbeamten einzuführen, ist ein- stimmig angenommen worden, daher sind die Reiben der Sozial- demokratie, als ob sie allein die Schwachen schützten, ganz un- berechtigt. Seit Jahren ist keine Staatsberatung vergangen, wo nicht einer meiner Fraktionsgenossen die Beschwerden und Klagen der Unterbeamten hier vorgebracht hat. Wir wollen die Beamten geschützt wissen gegen Willkür von oben und verlangen, daß jeder Beamte ohne Unterschied, wenn er sich gut geführt hat, eine gesetz- liche auf Rechtsansprüchen beruhende Aufbesserung erhält. Ich will der Postverwaltung keine Vorwürfe machen, aber daß in jedem einzelnen Falle die Entscheidung der Behörde über eine Stellenzulage eine richtige ist, kann man doch nicht ohne Weiteres behaupten. Die Beamten haben jedenfalls das Mißtrauen, daß bei der Entscheidung oft andere Gründe maßgebend sind, als Tüchtigkeit und Pflächterfüllung.

Abg. Bebel (Soz.): Direktor Fischer scheint die Auffassung zu haben, daß nur die Postverwaltung berechtigt ist, die Beamten zu vertreten. Dann könnten wir ja den Mund halten. Die Post- verwaltung schafft nur künstliche Einwendungen, die bei energischem Willen wohl beseitigt werden könnten. Das Schlimme des bis- herigen Zustandes ist, daß es von dem Belieben der Verwaltung abhängt, ob eine Stellenzulage gewährt wird. Dadurch wird das Streben der Beamten für die Postverwaltung nicht schwieriger als in anderen Ressorts. Auch die Geldmittel haben wir ja in den Ueber- schüssen der Postverwaltung. Es könnte leicht so eingerichtet wer- den, daß bei dem System der Dienstaltersstufen weder die Staats- kasse mehr geben muß, noch die Beamten einen Schaden haben. Die Durchführung ist möglich, indem man zunächst die Anfangsgebalt- säße anders regelt. Allerdings würde die vollständige Durchfüh- rung einige Jahre dauern, aber darüber hat niemand Ursache zu klagen. Im ersten Jahre würde die Postverwaltung wohl mehr brauchen, aber schon im zweiten und dritten Jahre würde ein Ausgleich eintreten. Wenn die Beamten sich dem Direktor Fischer gegenüber ablehnend gegen die Dienstaltersstufen ausgesprochen haben, so liegt das daran, daß Herr Fischer an die Beamten als Vorgesetzter herantreten und die Motivation gebraucht hat, daß die Beamten sich dabei schlechter stellen würden. An uns sind aber freiwillige Kundgebungen der Postbeamten gelangt, welche dahin gehen, daß die Beamten für ihre Gehaltsverhältnisse einen besseren Rechtsboden unter die Füße bekommen.

Abg. Dr. Hammacher (nl.): Gegenüber den Sozialdemo- kraten, die es so darstellen, als ob sie allein die Dienstaltersstufen befürworten, konstatiere ich, daß ich selbst den Antrag auf Ein- führung der Dienstaltersstufen in der Kommission gestellt habe.

Abg. Bebel: Kein Redner meiner Partei hat eine Behauptung aufgestellt, wie sie uns der Vorredner in den Mund legt.

Abg. v. Kardorff: Die Herren Sozialdemokraten thun so, als ob sie das System der Dienstaltersstufen erfunden hätten. Die Frage ist doch schon seit langem erörtert und von den anderen Parteien angeregt worden.

Abg. Dr. Müller-Sagan vermischt in den Ausführungen der Regierungskommission die Angabe, ob die Statistik von 1891 betrefis der Unterbeamten noch heute gelte. Schon damals sei von den zwei Millionen die Rede gewesen, um welche die Unter- beamten geschädigt würden. Seitdem müssen sich doch die Ver- hältnisse geändert haben, sei es nach oben oder nach unten.

Der Titel wird bewilligt; ebenso gelangt einstimmig eine dazu von der Kommission beantragte Resolution zur Annahme, die dahin geht, das System der Dienstaltersstufen für die Unter- beamten einzuführen.

Das Haus vertagt darauf die weitere Berathung auf Montag 1 Uhr.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Der deutsch-russische Handelsvertrag.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht jetzt den Wortlaut des deutsch-russischen Handels- und Schiffsahrts- vertrages. Der Vertrag, dessen wichtigste Bestimmungen wir

bereits im Auszuge telegraphisch gemeldet haben, enthält folgende 22 Artikel:

Artikel I. Die Angehörigen eines der beiden vertragschließenden Theile, welche sich in dem Gebiete des anderen Theiles niedergelassen haben oder sich vorübergehend dort aufhalten, sollen im Handel- und Gewerbebetrieb die nämlichen Rechte genießen und keinen niederen oder höheren Abgaben unterworfen sein, als die Inländer. Sie sollen im Gebiete des anderen Theiles dieselben Rechte, Privilegien, Freiheiten, Begünstigungen und Befreiungen haben, wie die Angehörigen der meistbegünstigten Länder. Es herrscht darüber Einverständnis, daß durch die Bestimmungen die besonderen Gesetze, Erlasse und Verordnungen auf dem Gebiete des Handels, des Gewerbes und der Polizei berührt werden, welche in beiden Ländern gelten oder gelten werden, und auf alle Ausländer Anwendung finden.

Artikel II. Die Angehörigen jedes der beiden Vertragsschließenden Theile sollen auf dem Gebiete des anderen Theiles berechtigt sein, jede Art von beweglichem und unbeweglichem Vermögen zu erwerben und zu besitzen, soweit dieses Recht nach den Landesgesetzen irgend einer fremden Nation jetzt oder künftig zusteht. Sie sollen berechtigt sein, darüber durch Verkauf, Tausch, Schenkung, Erbschaft, letzten Willen oder andere Weise zu verfügen, und Vermögen durch Erbschaft zu erwerben. Sie sollen dabei keinen höheren Abgaben unterworfen sein, wie die Inländer. Sie sollen ferner den Erlös aus Verkauf, Eigentum oder Vermögen unter Beachtung der Landesgesetze frei ausüben können, ohne zu höheren Abgaben verpflichtet zu sein, wie die Inländer. Ebenso sollen sie den Erlös aus dem Verkauf ihres Eigentums und Vermögens unter Beachtung der Landesgesetze frei ausüben können, ohne zu höheren Abgaben verpflichtet zu sein, wie die Inländer. Sie haben unter Beachtung der Landesgesetze freien Zutritt zu den Gerichten, um als Kläger aufzutreten, genießen dabei alle Rechte der Inländer und können sich der zugelassenen Rechtsanwälte bedienen.

Artikel III. Die Angehörigen jedes des Vertragsschließenden Theiles sollen in dem Gebiete des anderen zu Gerichts-, Verwaltungs-, Munizipal- (ausgenommen die Vormundschaft) nicht verpflichtet sein, frei bleiben vom Dienst im Landheere und der Marine, ferner frei bleiben von allen Lasten, die, wie Zwangsanleihe u. dgl. im Kriegsfall aufgelegt werden, ausgenommen der mit einem Grundstücke verbundenen Verpflichtung zur Quartierleistung für Militär, die den Inländer oder Angehörigen einer meistbegünstigten Nation als Eigentümer, Pächter oder Miether von Immobilien obliegen.

Artikel IV. Aktiengesellschaften und andere kommerzielle oder finanzielle Gesellschaften, die in Deutschland oder Rußland errichtet worden sind, sollen in dem anderen Lande als rechtsgültig angesehen werden und als Kläger oder Beklagte Prozesse zu führen berechtigt sein. Es herrscht darüber Einverständnis, daß durch diese Bestimmungen die Frage nicht berührt wird, ob diese Gesellschaften nach dem Handelsgesetze zum Handel- oder Gewerbebetriebe zugelassen werden sollen oder nicht. Diese Frage wird auch künftig nach den Bestimmungen des betreffenden Landes geregelt. Jedenfalls sollen die Gesellschaften dieselben Rechte genießen, wie der irgend eines anderen Landes zugestanden.

Artikel V. Die vertragsschließenden Parteien verpflichten sich, den gegenseitigen Verkehr durch keinerlei Ausfuhrverbote zu hemmen und die freie Durchfuhr zu gestatten. Ausnahmen gelten nur für solche Erzeugnisse, die in einem der beiden Länder ein Monopol bilden oder bilden werden, oder solche, deren Durchfuhr aus sanitären Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Sicherheit außerordentlichen Verordnungsmaßnahmen unterliegen.

Artikel VI. Die russischen Waaren, die in Deutschland, oder die deutschen, die in Rußland eingeführt werden, sollen dort, sie mögen zum Verbrauch, zur Lagerung oder Wiederausfuhr bestimmt sein, der nämlichen Behandlung unterliegen, keinen höheren Abgaben unterworfen sein, wie die Erzeugnisse der meistbegünstigten Länder. Jede Begünstigung, Befreiung oder Ermäßigung der im Tarif enthaltenen Zölle, die ein Vertragsland einer dritten Macht zugestehen, sollen ohne Weiteres auf die Waaren des anderen Vertragslandes ausgedehnt werden.

Artikel VII. Die im Tarif A bezeichneten deutschen Erzeugnisse sollen bei Einfuhr nach Rußland resp. die im Tarif B bezeichneten russischen Erzeugnisse sollen bei Einfuhr in Deutschland keinem anderen Einfuhrzoll unterliegen, als dem in dem Vertrage festgesetzten. Wenn ein Vertragsland aus eines der obigen einheimischen Erzeugnisse zum Vortheil der Staatskasse eine neue innere Steuer resp. Zuschlag legen sollte, so kann der gleichartige Gegenstand des anderen Vertragslandes bei der Einfuhr mit einer entsprechenden Steuer belegt werden.

Artikel VIII. Innere Abgaben, die in dem einen Vertragslande auf einem Erzeugnisse ruhen oder ruhen werden, dürfen für Erzeugnisse des anderen Landes keinesfalls höher sein, als für die gleichartigen Erzeugnisse des eigenen Landes.

Artikel IX. Bei der Ausfuhr von Waaren aus einem der beiden Länder nach dem andern dürfen keine höheren Ausgangsabgaben erhoben werden, als bei der Ausfuhr nach einem meistbegünstigten Lande. Die einer dritten Macht in dieser Beziehung gewährte Begünstigung falle auch dem Vertragslande ohne Weiteres zu.

Artikel X. Waaren, die durch ein Vertragsland auf einem dem Transitlager geöffneten Wege durchgeführt werden, sollen abgabefrei sein, mögen sie durchgeführt oder abgelagert und dann wieder weggeführt werden.

Artikel XI. Der gegenwärtige Vertrag berührt nicht 1) die Begünstigungen für andere angrenzende Staaten zur Erleichterung ihres örtlichen Verkehrs in einer Grenzzone bis 15 Kilometer, 2) die von Deutschland dem Großherzogthum Luxemburg und den österreichischen Gemeinden Süngholz und Mittelberg zugestandenen Begünstigungen, 3) die Begünstigungen die für Ein- oder Ausfuhr der Bewohner des Gouvernements Archangel, sowie für die nördlichen und östlichen Küsten des asiatischen Rußlands gewährt sind, oder gewährt werden. Es wird der Vorbehalt gemacht, daß die Bestimmungen des Art. IX und X des Vertrages aber auf die Abmachung des Vertrages zwischen Rußland und Skandinavien vom 26. April und 25. Mai 1838 und auf die Vereinbarungen Anwendung finden sollen, welche die Handelsbeziehungen mit den angrenzenden Ländern Asiens regeln oder regeln werden. Auf diese Abmachungen darf nicht Bezug genommen werden, um die Handels- und Schiffsverkehrsverhältnisse, wie sie jetzt begründet worden sind, abzuändern.

Artikel XII. Kaufleute, Fabrikanten und andere Gewerbetreibende, welche sich durch eine Legation der heimlichen Behörde darüber ausweisen, daß sie in der Heimath zum Gewerbebetrieb berechtigt sind, sollen befugt sein, persönlich oder durch ihre Reisenden in dem anderen Vertragslande Waaren-Einkäufe zu machen oder Bestellung unter Mitführung von Mustern zu suchen. Gedachte Personen sollen betreffs der Pässe und der Handelsreisenden betreffenden Abgaben wie die Angehörigen der meistbegünstigten Nationen behandelt werden. Gedachte Personen dürfen Muster, aber keine Waaren mit sich führen; für zollpflichtige Gegenstände, die als Muster eingeführt werden, wird Abgabefreiheit zugestanden, wenn sie bei Nichtverkauf in einer bestimmten Frist wieder ausgeführt werden oder die Identität der ein- und wieder ausgeführten Gegen-

stände ohne Zweifel ist, gleichviel über welches Zollamt die Gegenstände ausgeführt werden. Die Wiederausfuhr der Muster muß bei der Einfuhr durch Niederlegung des betreffenden Erzeugnißzoll oder durch Kaution gewährleistet werden. Die Vertragsländer machen sich gegenseitig Mittheilung, welche Behörden zur Ertheilung der Legitation befugt sein sollen und welche Vorschriften die Reisenden zu beobachten haben. Die Angehörigen eines Vertragslandes, die in ein anderes zum Besuch von Messen und Märkten gehen, um Handel zu treiben, werden wie Inländer behandelt, und sind keinen höheren Abgaben unterworfen.

Artikel XIII. Die deutschen Schiffe und ihre Ladungen sollen in Rußland, die russischen in Deutschland wie inländische behandelt werden, gleichviel woher die Schiffe kommen, die Ladungen stammen oder wohin sie gehen. Jede einer dritten Macht in dieser Beziehung gewährte Begünstigung steht ohne Weiteres dem Vertragslande zu. Von diesen Bestimmungen finden Ausnahmen statt: a. Betreffs der besonderen Begünstigung für den inländischen Fischfang, b. Betreffs der Begünstigungen für die nationale Kauffahrteiflotte, c. Die Bestimmungen finden keine Anwendung auf die Küstenschiffahrt, die nach den besonderen Bestimmungen der betreffenden Länder geregelt wird. Einem deutschen oder russischen Schiffe soll es immerhin frei stehen, aus einem Hafen eines Vertragsstaates nach einem Hafen desselben Staates zu fahren, sei es, um aus dem Auslande mitgebrachte Waaren zu löschen, oder nach dem Auslande bestimmte Ladung einzunehmen oder zu ergänzen.

Artikel XIV. Die Nationalität der Schiffe soll beiderseits auf Grund der behördlichen Urkunden und Patente anerkannt werden. Die von den Vertragsländern ausgestellten Schiffsbriefe werden nach Maßgabe der Vereinbarungen von dem andern Lande anerkannt werden.

Artikel XV. Die deutschen Schiffe, die nach Rußland, die russischen, die nach Deutschland fahren, nur um ihre Ladung zu vervollständigen oder einen Theil zu löschen, sollen, wenn sie sich nach den Vorschriften der betreffenden Staaten richten, nach einem anderen Hafen oder einem anderen Lande bestimmten Theil ihrer Ladung an Bord behalten oder wieder ausführen können, ohne für diesen Theil irgend welchen Zoll zu bezahlen, außer den Ausfuhrabgaben, welche nach den für die inländische Schiffsahrt bestimmten Sätzen erhoben werden können.

Artikel XVI. Von Tonnengeldern und Abfertigungsgebühren sollen in den Häfen beider Länder völlig befreit sein 1) Schiffe, welche von einem Orte mit Ballast ein- oder wieder auslaufen, 2) die Schiffe, welche aus einem Hafen eines Vertragslandes nach einem oder mehreren Häfen desselben Landes kommen und sich über in einem anderen Hafen desselben Landes verweilen, 3) die Schiffe, die freiwillig oder nothgedrungen nach einem Hafen gekommen sind und denselben, ohne Handel getrieben zu haben, wieder verlassen. Diese Befreiungen gelten nicht für Seuchthum, Looten, Remorquagen, Quarantäne- und sonstige auf dem Schiffe lastende Abgaben. Ist der Einlauf in den Hafen durch Noth veranlaßt, so gelten nicht als Ausübung des Handelsbetriebes das zur Ausbesserung des Schiffes erforderliche Lösen der Ladung und der zur Verprobantung der Schiffsmannschaft notwendige Kauf von Waaren.

Artikel XVII. Die Schiffe genießen dieselben Begünstigungen und Befreiungen, welche die Befreiung des eigenen Landes den Schiffen bewilligt. Als solche gilt jederlei Hilfe für den Führer und die Mannschaft sowohl wie für ihre Schiffe und Ladungen. Die Vertragsländer kommen überein, daß die geborgenen Waaren keinerlei Zoll unterliegen, es sei denn, daß sie in den inländischen Verbrauch übergehen.

Artikel XVIII. Die Benutzung der Chaussees und Straßen, Höfen und Landungsplätze, der Beleuchtung des Wassers, des Bootenwesens, der Anstalten zur Ladung und Verladung von Schiffsgütern soll, wenn die Anlage dieser Anstalten eine öffentliche oder eine private mit staatlicher Genehmigung ist, dem anderen Vertragslande unter gleichen Bedingungen oder gegen Zahlung gleicher Gebühren, wie dem eigenen Lande erlaubt sein. Solche Gebühren dürfen vorbehaltlich der bei der Beleuchtung und dem Bootenwesen abweichenden Bestimmungen nur bei wirklicher Benutzung erhoben werden.

Artikel XIX. Die beiden Vertragsländer behalten sich das Recht vor, ihre Eisenbahntarife nach eigenem Ermessen zu bestimmen, jedoch soll weder hinsichtlich der Beförderungspreise noch hinsichtlich der Zeit und Art der Beförderung zwischen den Bewohnern der Gebiete der einzelnen Vertragsländer ein Unterschied gemacht werden. Besonders sollen für die von Rußland nach einer deutschen Station oder durch Deutschland geführten Güter auf den deutschen Bahnen keine höheren Tarife angewendet werden, als für gleichartige deutsche oder ausländische Erzeugnisse. Das Gleiche gilt auf russischen Bahnen für Güterbeförderungen aus Deutschland. Ausnahmen gelten nur dann, soweit es sich um Transporte zu ermäßigten Preisen für öffentliche und milde Zwecke handelt.

Artikel XX. Der gegenwärtige Vertrag tritt am 20. März 1894 oder früher in Kraft und bleibt bis zum 31. Dezember 1903 in Geltung.

Artikel XXI. Falls keiner der vertragsschließenden Theile 12 Monate vor Eintritt des letzten Termines seine Absicht die Wirkung des Vertrages aufzuheben zu lassen, kundgibt, soll dieser in Geltung bleiben, bis zum Ablauf eines Jahres, wo der eine oder der andere Theil denselben kündigt.

Artikel XXII. Der gegenwärtige Vertrag soll ratifizirt werden und die Ratifikationsurkunde baldmöglichst in Berlin ausgetauscht werden.

Aus dem Gerichtssaal.

* **Kottbus**, 10. Febr. Vor länger als zehn Jahren diente bei dem in Eufurt garnisonirenden Thüringischen Infanterie-Regiment Nr. 71 der Hauptmann v. Schillersheim, ein sonst sehr tüchtiger Offizier, der eine beträchtliche Summe staatlicher Gelder unter sich und nun flüchtig wurde. Nach einer langjährigen Irrfahrt, bei der v. Sch. zu den verschiedensten Beschäftigungen greifen mußte, stellte er sich endlich freiwillig der Militärbehörde, die ihn nach Erfurt bringen ließ, wo der Flüchtling auf der Zitadelle Petersberg festgesetzt wurde. Nunmehr hat auch das Kriegsgericht seinen Spruch gefällt: v. Schillersheim wurde unter Ausschließung aus dem Heere zu einer sechsjährigen Gefängnisstrafe verurtheilt. Der Mann wird seine Strafe hier in Kottbus im Zentralgefängnis abtun, wohin er bereits gebracht wurde. v. Sch. wäre auch zu einem fernerem Dienst im Heere nicht mehr tauglich gewesen, denn er hinkt sehr stark, die Folge eines Weiruders, den v. Sch. durch einen Sturz vom Rutschbock — der flüchtige Offizier hat u. a. im Auslande auch als deutlicher gedient — erlitten hat.

Ver mis ch tes.

* **Aus der Reichshauptstadt**, 11. Febr. Die Berliner Frühjahrsmesse findet definitiv in den Tagen vom 29. März bis 11. April statt. Für Berlin dürfte der Umstand, daß die Berliner Frühjahrsmesse vier Tage eher als die Leipziger ihren Anfang nimmt, den Vortheil im Gefolge haben, daß, wie bei der verfloßenen Herbstmesse ein wesentlicher Theil der Einkäufer in erster Reihe in Berlin seinen Bedarf decken wird.

Prinz Komatsu von Japan, welcher seit Weihnachten in Berlin verweilt hat, wollte Sonnabend Abend 11 Uhr vom Bahnhof Friedrichstraße aus von Berlin nach Petersburg abreisen. Dem Prinzen nach gedenkt der Prinz von Petersburg nach Konstantinopel zu gehen und von da über Wien und Rom die Rückreise nach Japan anzutreten.

Ausgeplündert sind wiederum zwei polnische Arbeiter auf der Durchreise durch Berlin. Sie waren am Freitag Morgen auf dem Schleifischen Bahnhof angekommen, wollten nach Westfalen fahren, um Arbeit anzunehmen, und besaßen einen Stadtbahzug, in welchem sich ein etwa 30jähriger Mann mit langem blonden Schnurrbart zu ihnen gesellte und im Laufe des Gesprächs äußerte, daß er gleichfalls nach Westfalen unterwegs sei. Schließlich schlug er vor, die Reise gemeinsam zu machen, und erbot sich auf dem Sebrter Bahnhof die Fahrkarten zu lösen. Dazu ließ er sich je zehn Mark einhändigen. Die Polen warteten auf seine Rückkehr vergebens. Um sie sicher zu machen, hatte der Gauner einem von ihnen eine Dute übergeben, in der man später vier Schrippen vorfand.

Wielbemerkt in Sportkreisen wird das Verschwinden eines Hausbesizers, dessen städtische Segelyacht bei den meisten Regatten der letzten Jahre auf dem Müggelsee Weite errang. Das Haus hat er vor kurzem verkauft und in der vergangenen Woche ist er plötzlich nach Berlin verschwunden, ohne seinen zahlreichen Gläubigern eine Spur zu hinterlassen. Zugleich mit ihm wurde auch eine Kellnerin vermißt, mit der er verkehrte. Welche sollen sich nach Amerika, wo der Flüchtling früher schon einige Jahre thätig war, begeben haben. Seine Frau und eine 2-jährige Tochter, die beide wegen Krankheit fast erwerbsunfähig sind, hat er von allen Mitteln entblößt, zurückgelassen.

Eine gefährliche Schloßknechtin, die Mantelträgerin Helene Kroll, hat dieser Tage ihrer Wirthin, einer Frau Sandler, welche sie zum Kaffe eingeladen und bald unter einem Vorwand entfernt hatte, fast die gesamte Garderobe und Wäsche gestohlen.

Todt aufgefunden wurde in ihrer Luisenstraße 10 gelegenen Wohnung am gestrigen Nachmittag die städtische Geheerlin Ottilie Sandau. Da die Todesursache des 49 Jahre alten Fräuleins nicht zu ermitteln gewesen ist, hat die staatsanwaltliche Beschlagnahme der Leiche stattfinden müssen.

Notales.

Posen, 12 Februar.

* **Ein unaufgeklärter Vorfall.** Ueber Nacht wurde die Polizei nach dem Hause Wallische Nr. 11 gerufen, wo man den Sohn des Fleischermeisters Drozdowski aus einer tiefen Wunde in der Brust stark blutend im Bett liegend vorfand. Der schwer Verwundete vermochte noch anzugeben, daß er durch einen stehenden Schmerz in der Herzgegend aufgewacht sei und, als er vollends zur Besinnung gekommen, habe er gemerkt, daß ihm mit einem breiten Rückenmesser ein Stich in der Brust beigebracht worden sei. Er habe darauf das Messer selbst aus der Wunde gezogen und sich noch zu dem Bett seines in demselben Zimmer schlafenden Vaters zu schleppen vermocht. So lauten die Angaben des Verletzten, die aber wenig glaubwürdig erscheinen. Der sofort hinzugeholte Arzt konstatierte, daß die Wunde äußerst lebensgefährlich ist.

* **Die Mitglieder des Posener Kreditvereins** sind, wie uns mitgeteilt wird, zu dem heute Abend 8½ Uhr im „Hotel de Saxe“ stattfindenden Vortrage des Herrn Dr. Crüger aus Berlin über „die Bedeutung der Genossenschaft für das Handwerk“ sehr zahlreich erschienen. Bekanntlich haben Gäste zu diesem Vortrage freien Zutritt.

* **Ueberfahren.** Am Sonnabend wurde vor dem Berliner Thor eine Frau aus Gurtschin durch ein vierpänniges Landfuhrwerk überfahren und durch einen Hufschlag am Bein so unglücklich verletzt, daß sie nach Hause gefahren werden mußte. Die Schuld an dem Unfall trifft den Kutscher, der übermäßig schnell fuhr.

* **Eine Marmirung der Feuerwehrr** erfolgte am Sonnabend Abend 9½ Uhr nach dem Hause Fischer 7/8; dort war an einem Fenster der IV. Etage heller Feuererschein wahrgenommen und eine Feuergefahr vermutet worden. Da eine solche nicht vorlag, konnte die Feuerwehrr folglich wieder abrücken.

* **Aus dem Polizeibericht.** Verhaftet wurden am Sonnabend 25 Bettler, drei Obdachlose, eine Dirne, ein Frauenzimmer, welches sich auf der Wallische verborgen hielt und wegen Verhütung einer Strafe schon lange von der Polizei gesucht war, und ein Badergeselle, der in angetrunkenem Zustand die Passanten auf der Baderstraße belästigte. — Gestirbt wurde ein Drehschloßspieler wegen Gewerbekontraband. — Gestohlen wurde aus einer Wohnung auf dem Graben eine Taschenuhr, während die Besitzerin, eine Arbeitsfrau, sich auf wenige Augenblicke entfernt hatte. — Gefunden und ein silbernes Armband, eine Haarnadel mit goldenem Knopf, ein Zechentuch und ein Taschentuch.

Aus der Provinz Posen.

* **Wotwaslaw**, 9. Febr. [In der Galinskischen Mordaffaire] ist der Gemann der Ermordeten aufs Neue verhaftet worden; es scheint thätlich, als ob Galinski das Verbrechen begangen habe. Bei dem Mann wurde eine größere Geldsumme (über 500 Mark) gefunden, über deren Erwerb er sich nicht ausweisen konnte; er behauptete, das Geld in einem Topf in der Küche seiner Frau gefunden zu haben, verwickelte sich aber in fortwährende Widersprüche. Einer Durchsuchung seiner Wohnung setzte er den heftigsten Widerstand entgegen. Ist Galinski der Thäter, so sind auch die beiden Schlafburschen, die bei ihm wohnen und die inzwischen von hier abgereist sind, in die Mordaffaire verwickelt. Nur auf das Zeugniß dieser beiden Menschen hin wurde Galinski nach seiner ersten Verhaftung wieder freigelassen. Auf die beiden Schlafburschen wird gefahndet. — Bemerkt sei noch, daß der Regierungspräsident auf die Ermittlung des Thäters 300 M. Belohnung ausgesetzt hat.

* **Schneidemühl**, 10. Febr. [T o d t s c h l a g.] Der Gutsbesitzer Heinrich Arndt aus Uchshausland, welcher aus einer Schuldenpensionslösung von Uch zu Fuß nach Hause zurückkehrte, wurde, wie die „Schneid. Zig.“ mittheilt, auf der Chaussee zwischen Uch und Uchshausland gestern Abend todt aufgefunden. Es wird angenommen, daß Arndt überfallen und erschlagen worden ist, worauf auch eine Wunde an der Schläfe schließen läßt.

* **Samter**, 9. Febr. [R o h e i t.] Am Fastnachts-Dienstag hatte sich der Wirth Gotarzyl aus Gorka II. einige junge Leute zu einem gemütlichen Besamensein eingeladen, wozu neben anderen auch der Gastwirth Johann Joseph Kenfiorek aus Gorka II. sich einfinden. Kenfiorek gerieth, als die Gesellschaft in der heitersten Stimmung war, plötzlich wegen einer geringfügigen Ursache mit dem Wirthssohn Franz Wropt in einen Streit, bei welchem sich R. so erbißte, daß er mit einem geöffneten Taschenmesser auf seinen Gegner einbrach und demselben einen Stich in den Oberarm beibrachte. Glücklicherweise wurden durch das Dazwischen-treten der anderen Anwesenden weitere Angriffe des wüthenden Messerhelden verhindert.

ch. **Rawitzsch**, 9. Februar. [Stadtverordneten-Sitzung. Förderung der Obstbaumzucht. Wirthschafts-Verband der hiesigen Beamten.] Am Dienstag, den 13. d. Mts., findet die diesmonatliche Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung statt. In dieser Sitzung wird der Verarmung noch einmal die Aufmerksamkeit einer gewerblichen Fortbildungsschule zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Hauptsächlich ist das neue Statut sowohl der Regierung, als auch der genannten städtischen Körperschaft und den sonstigen Beteiligten genehm, jedoch diese Angelegenheit, die namentlich in der letzten Zeit die Gemüther so heftig aufgeregt hat, endlich zur Erledigung gelangt. — Zum Zwecke der Förderung der Obstbaumzucht werden auch in diesem Jahre seitens der Kreisbehörde an Lehrer und kleine Grundbesitzer Obstbäume gegen Zahlung von ein Viertel der Ankaufskosten abgegeben werden. Besondere Berücksichtigung finden diejenigen Bewerber, die bereits eine Baumschule besitzen oder sich um die Pflege der Obstbäume verdient gemacht haben. — Der am 17. Dezember v. J. hier ins Leben gerufene Wirthschaftsverband zeigt Lebensfähigkeit. In der konstituierenden Versammlung am 17. Dezember traten einige 30 Mitglieder dem Verbande bei, am 10. Januar d. J., an welchem Tage der Verband seine Thätigkeit begann, betrug die Mittalgezahl schon 75, jetzt ist sie bereits auf 116 gestiegen. Nach den bisher aufgestellten Berechnungen ist anzunehmen, dass durch den Verband jährlich ca. 70 000 M. baar in die hiesige Geschäftswelt gebracht werden. Auch mit einer Feuer- und einer Lebensversicherung ist der Verbandsvorstand bereits in Verbindung getreten, um auch hierin den Mitgliedern Vorteile zu verschaffen.

Telegraphische Nachrichten.

Bochum, 11. Febr. In der hiesigen Gussstahlfabrik fand heute Vormittag 9¼ Uhr eine heftige Explosion des zu den Stahlschmelzen führenden Gaskanals statt, bei welcher ein die Aufsicht ausübender Vorarbeiter ums Leben kam. Außer einer mehrtagigen Betriebsstörung der betreffenden Werkstätte ist ein erheblicher Schaden nicht entstanden.

Hamburg, 10. Febr. Nach der „Hamb. Börsenhalle“ beruft die Handelskammer für die nächste Woche eine Versammlung des „Ehrbaren Kaufmanns“ ein. Auf der Tagesordnung steht der russische Handelsvertrag und die Währungsfrage.

München, 10. Febr. Der Petitionsausschuss der Kammer der Abgeordneten lehnte die Petition betreffend das Schächterverbot ab.

München, 11. Febr. Gegen Mitternacht sind die umfangreichen Stallungen des Schlosses Nymphenburg vollständig niedergebrannt.

Dresden, 10. Febr. Das Ministerium erließ heute ein Verbot, betreffend die Einfuhr von Vorstehbisch aus West-Bala und Wiener Neustadt.

Dresden, 11. Febr. Das heute früh über das Befinden des Königs ausgegebene Bulletin besagt: „Se. Majestät sind im Laufe des gestrigen Tages frei von Schmerzen geblieben, auch funktioniert das erkrankte Organ in nahezu normaler Weise. Die Blutmiscungen sind in der Abnahme. Se. Majestät beobachten noch immer strenge Bettruhe.“

Braunschweig, 10. Febr. Der Staatshaushaltsetat für die nächsten zwei Jahre gestattet den Etat der zehnten Stufe der Personalsteuer, sowie eine Monatsrate der Grund- und Gewerbesteuer, den Gemeinden werden außer 6 Prozent Erhebungsgebühren 17 Prozent aller direkten Steuern mit 700 000 M. und den Kreisen weitere 270 000 M. überwiesen; dagegen soll eine Million M. für außerordentliche Bauten, statt wie früher aus dem Ordinariat, durch eine Anleihe gedeckt werden.

Wien, 10. Febr. Der niederösterreichische Landtag beschloß in seiner heutigen Sitzung, dem Frauenvereinsverein eine Subvention von 500 Gulden zu gewähren. Die Antisemiten protestirten gegen die Giltigkeit dieses Beschlusses, da, wie sie behaupteten, das Haus beschlußunfähig sei. Der Landmarschall verkündigte den Beschluß als gültig, worauf die Antisemiten unter lebhaften Protestrufen den Saal verließen. Die Sitzung wurde darauf wegen Beschlußunfähigkeit geschlossen. — Das „Armeeverordnungsblatt“ veröffentlicht die Ernennung des Frhrn. Otto von Seefried auf Buttenheim zum Lieutenant im Infanterie-Regiment Nr. 1.

Wien, 11. Febr. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht ein kaiserliches Handschreiben an den Ministerpräsidenten Fürsten Windischgrätz, durch welches der Reichsrath auf den 22. d. Mts. einberufen wird. — Das „Armeeverordnungsblatt“ veröffentlicht die Ernennung des Freiherrn Otto von Seefried auf Buttenheim zum Lieutenant im Infanterie-Regiment Nr. 1.

Graz, 10. Febr. [Landtag.] In Beantwortung einer von sämmtlichen Abgeordneten unterzeichneten Interpellation, durch welche von dem Unterrichtsministerium die Einstellung einer Untersuchung über die Verhältnisse der technischen Hochschule unter Einbezug auf die kleineren Umlagen der heillosen Vorarbeiten gefordert wird, erklärte der Statthalter Frhr. v. Rüsch, der Unterrichtsminister habe den von den Studenten gewünschten Empfang einer Deputation unter den durch die Disziplin gebotenen Voraussetzungen zugestanden. Die Studenten hätten dieses Zugeständnis jedoch nicht angenommen und seien nicht erschienen, sie hätten vielmehr ihr Anliegen disziplinarwürdig in einer Broschüre niedergelegt. Die Regierung werde die Autorität der Lehrerschaft und die Disziplin unter den Studierenden aufrecht erhalten.

Der Gemeinderath beschloß, eine Petition an das Unterrichtsministerium um Rückgängigmachung des Beschlusses betreffend die Einstellung der technischen Hochschule zu richten. Der Bürgermeister erklärte, er werde die Petition morgen persönlich dem Minister vorbreiten.

Graz, 10. Februar. Das Unterrichtsministerium ordnete die sofortige Schließung der Vorlesungen und die Einstellung der Thätigkeit der technischen Hochschule an, nachdem die Hörer gestern dem Regierungsvertreter gegenüber die Unbefriedenheit einer Broschüre ausgedrückt hatten, welche jüngst ohne Angabe des Druckortes erschienen war, und die heftige Ausfälle gegen der Lehrkörper und den vorjährigen Rektor enthielt wegen der Stellungnahme desselben zu der bekannten Studentenbewegung, welche durch den Erlaß des Kriegsministeriums betreffs des Verbots der Zugehörigkeit der Reservisten zu Studentenverbindungen hervorgerufen war. Im Landtage soll eine diesbezügliche Interpellation eingebracht werden.

Wien, 10. Febr. [Abgeordnetenhaus.] In der heutigen Sitzung erklärte der Ministerpräsident Bekerle, die Regierung halte an dem mitgetheilten Programm fest und werde das Eheverbotsgesetz zugleich mit der Revision des Gesetzes von 1868 der Sanction unterbreiten. Auf eine Interpellation, betreffend die eventuelle Errichtung einer selbstständigen ungarischen Bank nach Ablauf des Privilegiums der österreichisch-ungarischen Bank antwortet der Ministerpräsident, Ungarn habe allerdings das Recht der Errichtung einer selbstständigen Bank, die österreichisch-ungarische Bank befriedige jedoch derzeit die Bedürfnisse Ungarns auf Weltangehörigkeit. Auf eine vom Abg. Meszlenyi eingebrachte Interpellation,

in welcher derselbe unter Hinweis darauf, daß die Regierung über die Majorität nicht mehr verfüge, anfragt, ob die Regierung nicht den Zeitpunkt für gekommen erachtet, dem Könige Unterbreitungen zu machen und die Konsequenzen auf der parlamentarischen Lage zu ziehen, erklärte der Ministerpräsident, so lange die Regierung im Hause die Majorität besitze, würde der Rücktritt eine politische Feigheit bedeuten. Die Regierung werde ihre Prinzipien nicht im Stiche lassen. Das Haus nahm die Antworten des Ministerpräsidenten mit großer Majorität zur Kenntniß. Nächste Sitzung am 19. d. M. Auf der Tagesordnung steht das Ehegesetz.

Rom, 10. Febr. Eine Versammlung von 123 Aktionären des Credito mobiliare, welche über 42 000 Aktien repräsentirten, versamelte sich nach langer Diskussion und nach Erklärungen des Verwaltungsraths mit großer Majorität den Antrag einiger Aktionäre, eine Untersuchungskommission zu ernennen, um die eventuellen Verantwortlichkeiten während der Zeit des Moratoriums festzustellen. Dagegen wurde eine Tagesordnung angenommen, welche das volle Vertrauen zu dem Verwaltungsrath ausdrückt und denselben auffordert, die zur Wiederherstellung des Credito mobiliare von dem Verwaltungsrath eingeleiteten Verhandlungen zu Ende zu führen. Die Versammlung genehmigte ferner die Bilanz des verfloßenen Geschäftsjahrs und wählte die ausstehenden Administratoren und Syndici wieder.

Paris, 10. Febr. [Deputirtenkammer.] Der Ministerpräsident Casimir Perier gab Aufschluß über den Unfall bei Timbuktu und betonte, man dürfe die Tragweite desselben nicht übertreiben. Die Regierung hätte Befehl gegeben, keine militärische Expedition zu unternehmen, ohne vorher um ihren Rath gegangen zu sein. Nachdem sie die Befehle Timbuktu erfahren, habe sie den Gouverneur des Sudan am 24. Januar telegraphisch angewiesen, den Oberst Bonnier, sobald die Umstände es gestatten, nach Frankreich zurückzusenden. Inzwischen habe sie empfohlen, keinen neuen Angriff zu unternehmen, aber Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen. Der Ministerpräsident verlas ferner die gestern veröffentlichte Depesche und fügte hinzu, die Regierung habe telegraphisch mitgetheilt, sie werde sofort die erforderlichen Verstärkungen abgehen lassen; gleichzeitig seien Maßregeln ergriffen, um falls dies erforderlich, neue Verstärkungen aus Alger abgehen zu lassen. Von einer Räumung Timbuktu könne nicht die Rede sein. (Beifall.) Frankreich werde nach diesem Zwischenfall nicht zurück; es würde dies eine große Unflugheit sein. (Neuer Beifall.) Die Regierung werde darauf bedacht sein, ähnlichen Vorkommnissen vorzubeugen, bitte aber die Kammer jetzt keine Verabredung darüber zu beginnen. (Zusimmung.) Der Zwischenfall war damit erledigt. Auf die Interpellation Faberets über die Schließung der Arbeitsbörse erwiderte der Minister des Innern, Raynal, es sei unmöglich, die Börse wieder zu eröffnen, weil die Arbeiterverbindungen das Gesetz vom Jahre 1884 nicht beobachteten; gleichzeitig erinnerte der Minister an die Umtriebe an der Arbeitsbörse. Schließlich wurde die von der Regierung angenommene einfache Tagesordnung mit 372 gegen 166 Stimmen genehmigt.

Paris, 10. Febr. In dem Ministerrath wurden Maßregeln berathen für die Sicherheit der Truppen in Timbuktu. Der Präsident Carnot unterzeichnete eine Vorlage, welche die Dauer des Lagers von Getreide in den Kolonien auf ein Jahr beschränkt.

Paris, 10. Febr. Nach hier eingetroffenen Meldungen hat am 5. d. M. in Diego-Suarez (Insel Madagaskar) ein Cyllon gewüthet, welcher großen Schaden an öffentlichen und privaten Gebäuden anrichtete. Mehrere Gebäude wurden vollständig zerstört. Verluste an Menschenleben sind nicht zu beklagen. — Der Redaktionschef des „Socialiste“, Breton, ist zu zwei Jahren Gefängnis und 1000 Frks. Geldstrafe verurtheilt worden, wegen Verhöhnung des Präsidenten Carnot, falls dieser Baillant nicht begnadigen würde.

Paris, 11. Febr. Heute Vormittag fand in der Rue Neuilly bei den Baumgüldnern Bilmorin und Andrieux eine Gasexplosion statt; bei den Vorschüssen wurde ein Sergeant der Feuerwehr getödtet, 9 Feuerwehrleute wurden verwundet, darunter 2 schwer. — Sämmtliche Blätter besprechen die Niedermetzelung der Expedition des Oberst Bonnier und meinen, es sei jetzt nicht Zeit, Anschuldigungen zu erheben, sondern es müßten die nöthigen Maßregeln getroffen werden zu einem Schläge, der das Ansehen Frankreichs in Centralafrika wieder hebe. — Der „Figaro“ sagt, die Befehle des Quat-Gebietes scheine dringend geboten.

Brüssel, 10. Febr. Bei der Antislaverei-Gesellschaft ist die Nachricht eingelaufen, daß die Expedition Descamps am 22. September vorigen Jahres in Abercorn mit Kapitän Jacques zusammengetroffen ist. Kapitän Jacques trat mit zwei Kanonen und Verstärkungen freiwillig die Verfolgung Humaligas an.

Madrid, 10. Febr. In Folge der Ausdehnung, welche das Räuberunwesen in der Mancha nimmt, ist eine allgemeine Abschlachtung der Berge um Toledo angeordnet worden. — Wegen der wachsenden Noth in der Provinz Cadix verlangt der Gouverneur die Ausführung großer Arbeiten, um der Bevölkerung Beschäftigung zu geben.

Bern, 11. Febr. Bei der heutigen Erziehung für den Nationalrath unterlag der Führer der Volkspartei (konservative Opposition) strengster Oberwacht Duerrenmatt gegen den gemäßigten konservativen Steinhilber.

Buenos-Ayres, 10. Febr. Die Aufständischen landeten bei Netheroy. Der Kampf blieb bisher unentschieden und wird fortgesetzt. Die Anzahl der Getödteten und Verwundeten soll eine beträchtliche sein.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechkreis der „Vol. Bz.“

Berlin, 12. Februar, Morgens.

Am Sonntag Abend um 11 Uhr sind die russischen Delegirten zum Handelsvertrag nach Petersburg abgereist.

Meldungen aus Rio de Janeiro zufolge schließen die Regierungstruppen die Aufständischen in Netheroy. Die Aufständischen ließen viele Gefangene zurück, darunter mehrere Marineoffiziere. In Rio Grande haben die Aufständischen mehrere feste Plätze verloren.

London, 12. Febr. Die siebenjährige Tochter Victoria Eugenie des Prinzen Heinrich von Dattenberg starb heute Sonntags Nachmittag in Osborne vom Pferde, wobei sie das Bewußtsein verlor, das sie bis jetzt nicht wieder erlangt hat. Das Befinden ist besorgniserregend.

Barcelona, 12. Febr. Die Untersuchung über das Attentat im Teatro Liceo ist beendet. Die Angeklagten werden vor das Schwurgericht gestellt werden.

Kairo, 12. Febr. Die Staatseinnahmen betrugen im vergangenen Jahre 10 300 000 ägyptische Pfund, die Staatsausgaben 9 600 000 ägyptische Pfund. Die Reserve des Staatskassas übersteigt gegenwärtig den Betrag von 3 500 000 ägyptische Pfund.

Handel und Verkehr.

* **Washington**, 10. Febr. Nach dem Bericht des Ackerbau-Bureaus wird die Baumwollenernte auf 92% geschätzt. Die auf den Markt gebrachte Menge ist bedeutend über dem Durchschnitt.

Marktberichte.

** **Breslau**, 10. Febr. 9¼ Uhr Vorm. (Privatbericht.) Landzufuhr und Angebot aus zweiter Hand war mäßig, die Stimmung ruhig und Preise bei stillem Geschäftsverkehr unverändert.

Weizen in ruhiger Stimmung, welcher per 100 Kilo 12,30 bis 13,40 — 13,90 M. gelber per 100 Kilo 12,30 bis 13,40 — 13,80 M. — Roggen ohne Venderung, bezahlt wurde per 100 Kilo 11,40 — 11,60 bis 11,90 M. — Gerste schwacher Umsatz, per 100 Kilo 12,00 bis 14,00 bis 16,00 — 16,50 M. — Hafer ruhig, per 100 Kilo 14,00 — 14,80 — 15,60 M., feinstes über Notiz bezahlt. — Mais ruhig, per 100 Kilo 14,00 bis 13,00 M., neuer nach Trockenheitsgrad 11,30 — 11,60 M. — Erbsen ohne Umsatz, Roherbsen per 100 Kilo 14,50 bis 15,00 bis 6,00 M. Vitoria ruhig, 16,50 bis 17,50 M. gelesene wenig vorhanden, per 100 Kilo 18,00 — 18,50 — 19,00 M. Futtererbsen 13,50 — 14,50 M. — Bohnen nicht gefragt, per 100 Kilo 12,00 bis 13,00 bis 14,00 M. — Lupinen schwach angeboten, gelbe per 100 Kilo 10,50 — 11,50 — 12,50 M., blaue per 100 Kilo 9,00 bis 10,50 M. — Weizen ohne Venderung, per 100 Kilo 16,00 bis 17,00 bis 18,25 M., feine Saatwaare 18,00 — 19 M. — Oelsaat ruhig. — Schilf einsaat ruhig, per 100 Kilo 19,00 — 22,00 — 23,50 M. — Winterroggen schwach, per 100 Kilo 19,00 bis 20,00 bis 21,20 M. — Wintererbsen ohne Umsatz, per 100 Kilo 19,00 — 20,25 — 21,10 M. — Sommererbsen ohne Geschäft, per 100 Kilo 19,50 bis 21,00 bis 23,00 M. — Leinbotten ohne Geschäft, per 100 Kilo 17,00 — 18,00 M. — Hanfsaat ruhig, per 100 Kilo 16,50 bis 17,50 M. — Rapskuchen ohne Venderung, per 100 Kilo 12,50 bis 13,00 M., fremde 12,50 bis 12,75 M. — Leinbotten ohne Venderung, per 100 Kilo 14,75 — 15,25 M. fremde 14,00 — 14,75 M. — Palmkernkuchen ohne Venderung, per 100 Kilo 11,75 — 12,25 M. — Kleesamen sehr schwaches Angebot, rother ruhig, per 50 Kilo 45 bis 55 bis 60 bis 63 M., weißer leicht verk., per 50 Kilo 45 — 53 — 65 — 75 — 85 M., hochfeinster über Notiz. — Schwebischer Kleesamen schwach angeboten, per 50 Kilo 40 — 50 — 60 — 63 M., Tannen-Kleesamen ruhig, per 50 Kilo 40 — 50 — 60 — 62 M., feinstes darüber. — Thymothee schwach zugeführt, per 50 Kilo 20,00 — 25,00 — 28,00 — 30,00 M. — Serabell 12,00 — 13,50 bis 14,50 M. — Gelbflee fest, per 50 Kilo 40 — 50 bis 55 bis 58 M., feinstes über Notiz. — Wehl ruhig, per 100 Kilo inkl. Sach Brutto Weizenmehl 00 19,50 — 19,75 M. —

Breslau, 10. Febr. (Amtlicher Produkten-Bericht.) Roggen p. 100 Kilo — Getreide — Str. abwärtsene Ründigungsheine — p. Febr. 119,00 Gd., April-Mai 124,00 Br., Hafer p. 100 Kilo — Getreide — Str. p. Febr. 153,00 Gd., Rüböl p. 100 Kilo — Getreide — Str. p. Febr. 47,00 Br., April-Mai 47,50 Br. Zink. Ohne Umsatz. Die Börsenkommission.

Bromberg, 10. Febr. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen 128 — 132 M., geringe Qualität 125 — 127 M. — Roggen 108 — 112 M., geringe Qualität 105 — 107 M. — Gerste nach Qualität 115 — 130 M. — Braugerste 131 — 140 M. — Erbsen, Futter 135 — 145 M., Roherbsen 155 — 165 M. — Hafer 135 — 142 M.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar 1894.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm; 66 m Seehöhe	Wind	Wetter	Temp. i. Cel. Grad
10. Nachm. 2	742,7	W. stürmisch	bedeckt	+ 7,0
10. Abends 9	738,4	W. stürmisch	bedeckt	+ 5,6
11. Morgs. 7	738,7	W. stürmisch	bedeckt	+ 2,5
11. Nachm. 2	740,1	W. frisch	bedeckt	+ 2,3
11. Abends 9	740,0	W. schwach	bedeckt	+ 1,5
12. Morgs. 7	736,4	W. stark	bedeckt	+ 7,7

*) Nachmittags öfter schwacher Regen. Von 8 — 9 Uhr starke Regenschauer. *) Von 10½ Uhr an, die Nacht hindurch Schnee und Hagel. *) Vormittags Schnee, Nachmittags und Abends Regen. *) Nachts Regen.

Niederstschlagshöhe in mm am 11. Febr. Morgens 7 Uhr: 10,6
12. " Morgens 7 " 7,3

Am 10. Febr. Wärme-Maximum + 7,3° Cel.
Am 10. " Wärme-Minimum + 3,5° "
Am 11. " Wärme-Maximum + 6,2° "
Am 11. " Wärme-Minimum + 0,5° "

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 10. Febr. Mittags 1,28 Meter
" " 11. " Morgens 1,38 "
" " 12. " Morgens 1,50 "

Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

Fonds-Berichte.

* **Berlin**, 10. Febr. [Zur Börse.] Die Hausse machte an heutiger Börse neue Fortschritte und insbesondere waren es wieder die deutschen Eisenbahn-Aktien, denen die Gunst der Tendenz zu Theil kam. Unsere gestrige Meldung von der Begünstigung der deutschen Eisenbahnen hat für die übrigen deutschen Bahnen, für Marienburger und Ostpreußen, Kurssteigerungen von mehreren Prozenten gebracht und Südb.-Bayerische schlossen sich auf günstige Einnahme-Gerüchte, ferner Mainzer und Dortmund-Gronauer an. Daneben waren aber auch andere Gebiete des Marktes sehr fest und zeitweise stürmisch erregt. Specially auch Eisenaktien, Bochumer und Dortmunder, während Lauria-Aktien mehr passiv waren. Kohlenaktien hingegen blieben eher schwach auf Abgaben in Folge des warmen Wetters und die Konfolidation-Dividende von 8 Proz., während man höher geschätzt hatte. Indes war das Geschäft hier still. Auch Bankaktien blieben fast durchweg nur auf letztem Niveau; bloß Kreditaktien stiegen auf Wiener Käufe. Ausländische Bankaktien verkehrten stiller, indes meist ebenfalls fest. Italienische Aktien 1 — 1½ Proz. höher. Am Rentenmarkt Italiener, Mexikaner und Ungarn, auch Russische Bahnen beliebt und ziemlich lebhaft. Die Nachbörse war namentlich wieder für Eisenbahn sehr fest. (N. B.)

Breslau, 10. Febr. (Schlußkurs.) Fest.
Neue Prov. Reichsanleihe 86,45, 7¼ Proz. L.-Randbr. 98,50, Rostol. Takt 23,30, Takt. Boole 97,00, 4 Proz. unq. Goldrente 95,95, Bresl. Diskontobank 99,00, Breslauer Wechselbank 96,00, Kreditaktien 218,75, Schlef. Bankverein 113,00, Donnerstagsmarkt.

Telephonischer Börsebericht.
Berlin, 11. Febr. Wetter: Sturm.
Hamburg, 10. Febr. Salpeter loco 8,77½, März April
 8,65. Still.

New-York, 10. Febr. Weizen per Febr. 62 $\frac{1}{2}$ C., per März 63 $\frac{1}{2}$ C.

Berliner Productenmarkt vom 10. Februar.
Wein: W., früh + 5 Gr. Reaum., 750 Mm. — Wetter:

Wie wenig Bedeutung der Festigkeit der vorgestrigen amerikanischen Märkte beizumessen war, hat schon der Verlauf der gestrigen Beweisen, der einen erneuten Rückgang gebracht hat, dessen Festigkeit bei dem ohnehin schon so niedrigen Preisstand ganz besonders überraschend ist. Hier hat gleichwohl auch diese starke Waise keinen sonderlichen Eindruck gemacht; die Geschäftsunlust, die wieder das charakteristische Merkmal des hiesigen Verkehrs geworden ist, verhindert ein stärkeres Hervortreten des Angebots, und so ist das Geschäft denn allgemein sehr träge geblieben, bei allerthings für W e i z e n und R o g g e n etwa $\frac{1}{4}$ M. und für S a f e r ca. $\frac{1}{2}$ M. niedrigeren Preisen.

300 Sach. R ü b ö l blieb fast ohne Umsatz, war aber wieder matt, und ebenso weist Spiritus eine abermalige Werthberichtigung auf.

Weizen loco 135—147 Mark nach Qualität gefordert, unter
Mai 144,25—144,50—144,25 M. bez., Juni 145,25—145,50 bis
145,25 M. bez., Juli 146,25—146,50—146,25 M. bez., September
148,50 M. bez.
Roggen loco 120—126 M. nach Qualität gefordert, unter

Inlandbilder 122-123 M. ab Bahn bez., Februar 124 M. bez.,
April 126,25-126,50-126,25 M. bez., Mai 127,25-127,50-127,25
M. bez., Juni 128 M. bez., Juli 128,75 bis 128,50 M. bez.
Wais foto 112-121 M. nach Qualität gefordert. Febr.
111 M. bez., April und Mai 106,50 M. bez., Juni 107 M. bez.,
Sept. 107,25 M. bez., Sept. 108 M. bez.

Gerste loco per 1000 Kilogramm 107—180 M. nach Qua-
lität gef.
Hafer loco 135—176 M. per 1000 Kilo nach Qualität gef.
mittel u. guter oft- und weissehrlicher 137—160 M., do. pom-
merischer, udermäsklicher und medienburlicher 138—160 M. do.

schlesischer 138—160 M., feiner schlesischer, pommerischer und med-
lenburgischer 161—172 M. ab Bagn bez., April 135,25 M. bez.,
Mai, Juni und Juli 134,25—134,75—134,50 M. bez.
Erbsen Rogware 160—195 M. per 1000 Kuggr., Futter-
ware 141—153 M. per 1000 Kilo nach Qual. bez., Vittoria-Erbsen

und 1: 16.50
bis 14.00 M. bez., Februar 16.05 M. bez., Mai 16.50-16.45
M. bez., Juni 16.65-16.60 M. bez.

Mal 45,6 M. bez., Oktober 46,2 M. bez.
 Petroleum loco 18,60 M. bez.
 Spiritus unversteuert zu 50 M. Verbrauchsabgabe loco
 ohne Faß 52,2 M. bez., unverst. zu 70 M. Verbrauchsabgabe loco
 ohne Faß 32,4 M. bez., Februar 36,3—36,1 M. bez., April

36,9–36,8 M. bez., Mai 37,2–37–37,1 M. bez., Juni 37,6 bis
37,5 M. bez., Juli 38–37,9 M. bez., August 38,3–38,2 M. bez.,
Septbr. 38,6–38,5 M. bez.
Kartoffelmehl Februar 15 M. Gd.
Kartoffelsäcke, trodrene, Febr. 15 M. Gd.
Die Hauptbezüge wurden geliefert von M.

Die Regulierungsspiele wurden festgesetzt: für Roggenmehl auf 16,05 M. per 1000 Pfl. (N. 3.)

1 M. 70 Pf. 1/2 France, oder 1 Lira, oder 1 Peseta = 40 Pf.

60 ad	Pr. Hyp.-B.I. (rz.120)	4 1/2	115,00 G.	Bauges. Humb...	—	
50 G.	do. do. VI. (rz.141)	5		Moabit.....	—	133,80 G.
4,00 bz.G.	do. div. Ser. (rz.100)	4		Passage	—	71,50 bz.G.
3 60 G.	do. do. (rz.100)	3 1/2	95,00 bz.G.	U. d. Linden..	—	
30 bz	Prs. Hyp.-Vers.-Cert.	4 1/2		Berl. Elekt.-W..	8 1/2	160,75 bz
5,10 bz	do. do. do.	4	104,75 bz	Berl. Lagerhof...	—	90,50 bz.G.

3,30 bz	do. do. do.	3	96,25 bz	do. do. St.-Pr.	—	119,25 bz G.
3,70 bz	Schles.B.-Cr.(rz.100)	5		Ahrens Br., Mbt.	0	46,50 bz
3,75 bz	do. do. (rz.100)	4½		Berl. Boock-Bkr.	0	52,50 bz G.
0,60 G.	Stettin. Nat. Hyp. Cr.			Schultheiss-Br...	15	232,75 bz G.
	do. do. (rz.110)	4½	105,70 G.	Brest. Oelw.....	4½	87,00 bz G.
0,60 G.	do. do. (rz.110)	4	102,60 G.	do. Sprit-A.-G.	7	104,50 G.
3,30 bz G.	do. do. (rz.100)	4	101,40 bz B.	Deutsche Asph...	—	81,50 G.
3,30 bz G.						

Bankpapiere.		Dynamit u. Trust...	
5,60 bz B.		10	132,00 bz
		1	92,30 bz G.
5,80 bz	B.f. Sprit-Prod. H	7	124,50 bz G.
6,25 bz	Berl. Cassenver.	3 3/8	112,75 bz G.
6,20 G.	do. Handelsges.	25	287,00 bz G.
	do. Maklerv.-		179,00 G.
3,90 G.	do. Prod.-Hdbk.		132,00 bz G.
			94,75 bz G.

75 G.	Borsen-Hdlvsr.	6 1/2	—	do. Vopr. Schnd.	—	—
3,90 bz	Bresl. Diso.-Bk.	5	98,75 G.	Hemmoor Cem.	—	141,00 bz G.
1,20 bz B.	do. Wechslerbk.	7 1/2	95,50 bz G.	Köhlms. Strk.	14	216,00 G.
3,80 bz	Danz. Privatbank	4 1/2	—	Körsbisd. Zucker	2 1/2	106,25 bz G.
3,90 bz G.	Darmstädter Bk.	5 1/4	—	Löwe & Co.	—	263,50 bz G.
—	do. d. Zettel	3 1/2	100,25 G.	Bresl. Linke.	—	158,00 bz G.
75 bz G.	Deutsche Bank.	3 7/8	162,60 bz	do. Hofmann.	—	—
—	—	—	—	Gaem. Verz.-Akt.	4 1/2	69,00 bz G.

320 B.	do. Genusssch.	4 1/2	111,00 G.	Görlitz Körn.	7	127,50 bz G.
	do. Hp. Bk. 60pCt		118,50 G.	Görl. Ldrr.	9	144,75 bz G.
	Disc.-Command.	6	182,40 bz	Grosenwerk	3	77,00 bz G.
	Dresdener Bank	7	138,90 bz	H. Pauksh.	15	233,25 bz G.
3,50 bz G.	Gothaer Grund-			Schwarzkopff.	—	105,90 bz G.
2,40 bz G.	creditbank	3 1/2	88,00 bz B.	Stettin-Vulk.-B.	—	165,25 G.
3,00 G.	Internat. Bank.			Sudenburg.		
90 bz G.	Königsb. Ver. Bk.	5	97,25 bz G.			

6,00 bz G.	Königsb. vbr-Bk	57,20 bz G.	O.-Schl. Cham...	64,00 bz G.
	Leipziger Credit	8 1/2 175,00 bz B.	do. Portl.-Cem...	96,00 bz G.
	Magdeb. Priv.-Bk	5 111,25 G.	Oppeln. Cem.-F.	4 113,50 bz G.
6,00 G.	Maklerbank	5 107,75 bz	do. (Giese)...	96,50 bz
7,30 G.	Mecklenb. Hyp.u.		Gr.Berl.Pferdeb.	250,75 bz G.
3,75 bz	Wechs.	8 135,25 G.	Hamb. Pferdeb.	4 97,75 G.
3,70 bz G.	Meininger Hyp.-		Potsd.vf. Pferdb.	91,75 bz G.
	Bank, Zönf.	6 109,80 bz G.		

	Mitteld.Crdt.-Bk.	4 ¹ / ₂	96,00 bz G.	Posen-Spriff-F...	5	—
	Nationalbk. f. D.	5	109,40 bz G.	Rositzer Zucker...	—	73,00 bz G.
	Nordd. Grd.-Crd.	1	97,00 bz	Schles. Cement...	—	148,50 bz G.
	Oester.Credit-A.	9 ¹ / ₁₆	220,75 bz B.	Stett. Bred. Cem...	—	81,50 bz G.
	Petersb.Disc.-Bk	6	—	do. Chamott...	—	193,50 bz G.
13,25 bz G.	do. intern.Bk.	10	—	Bgw. u. H.-Ges...	—	—
08,20 bz G.	Pomm.Vorz.-Akt	6	114,90 G.	Aplerbecker...	7	118,00 G.